

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Redaktion: E. Schö, Staatsb., Dresden.
Post der Arbeiter, Anzeigebüro
und Beamten, R.-G., Dresden.
Verleger: K. Schö, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Einnahme- und Ausgabe-Verzeichnissen, die durch die Amtshauptmannschaft Dresden mit der Amtshauptmannschaft Dresden verbunden sind, ist durch die Amtshauptmannschaft Dresden mit der Amtshauptmannschaft Dresden verbunden.

Preis: 10 Pf. pro Stück, 100 Pf. pro Quartal, 300 Pf. pro Halbjahr, 1000 Pf. pro Jahr. Einmalige Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile, 100 Pf. pro Woche, 300 Pf. pro Monat, 1000 Pf. pro Quartal, 3000 Pf. pro Halbjahr, 10000 Pf. pro Jahr. Einmalige Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile, 100 Pf. pro Woche, 300 Pf. pro Monat, 1000 Pf. pro Quartal, 3000 Pf. pro Halbjahr, 10000 Pf. pro Jahr.

Schriftleitung: Dresden, Postfach 1268, Aden & Comp.
Verleger: K. Schö, Dresden.

Einzelgenosse: 10 Pf. pro Stück, 100 Pf. pro Quartal, 300 Pf. pro Halbjahr, 1000 Pf. pro Jahr. Einmalige Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile, 100 Pf. pro Woche, 300 Pf. pro Monat, 1000 Pf. pro Quartal, 3000 Pf. pro Halbjahr, 10000 Pf. pro Jahr.

Nr. 226

Dresden, Montag, den 28. September 1931

42. Jahrgang

Frankreichs Minister in Berlin

Besuch am Grabe Stresemanns - Bildung einer deutsch-französischen Kommission - Erörterungen über das Reparationsproblem - Für enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit

D. Berlin, 28. September. (Eigener Feuilleton.)

Der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand, die am Sonntag vormittag in Berlin eintrafen und hier sowohl am Bahnhof wie vor dem Hotel von einer vielstündigen Menge wiederholt stürmisch begrüßt wurden, veranfaßten im Laufe des Tages, vor und nach den Konferenzen, zahlreiche Empfänge. Zunächst stiftete Briand dem Grabe des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann einen Besuch ab. Unter dessen Ägide hat Laval vor der internationalen Presse dahin, daß der Berliner Besuch ein wichtiges Datum in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen darstelle. Zweck und Ziel der Reise für die gegenseitigen Beziehungen eine bessere Zukunft vorzubereiten.

Am Nachmittag begannen im Kongresssaal des alten Reichstagesgebäudes die eigentlichen Besprechungen. Sie sind durch lange diplomatische Verhandlungen zwischen beiden Regierungen vorbereitet worden, so daß die Basis und die Hauptlinien der Aussprachen bereits vor dem Besuch feststanden. Angesichts der gegebenen Umstände, insbesondere in Anbetracht der englischen Krise, werden besonders zu den wirtschaftlichen Fragen endgültige Beschlüsse kaum gefaßt werden können. Aber man darf damit rechnen, daß die deutsch-französische Kommission, deren Bildung endgültig feststeht und die unter der direkten Verantwortung der beiden Regierungen arbeiten soll, den Auftrag erhalten wird, die gegenseitigen Beziehungen eine bessere Zukunft vorzubereiten.

Am Sonntag abend empfing der Reichskanzler die französischen Gäste zu einem Essen. In Anbetracht der gegenseitigen privatwirtschaftlichen Interessen, die bei den Berliner Besprechungen mit zur Erörterung stehen, waren zu der Veranstaltung auch Persönlichkeiten der Privatwirtschaft und des öffentlichen Lebens eingeladen. Während des Essens wurden zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Trinkgespräche gewechselt. Der Reichskanzler führte u. a. aus:

Trinkgespräche und Laval's Trinkprüche

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten einzelner Länder haben sich zu einer Weltkrise verdichtet, deren Ausmaß wohl niemand voll voraussahnte, und zu deren Heberwindung außerordentliche Anstrengungen geboten erscheinen. Überall quälten Not und Sorge, Unsicherheit und Verzweiflung die Völker, die erwartungsvoll auf ihre Regierungen schauten und von ihnen Befreiung aus der Krise erhofften. In dieser sorgenvollen Zeit ist längst die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß Europa nur durch zielbewusste und verständnisvolle Zusammenarbeit aller Nationen und gegenseitige Hilfe vor dem schlimmsten Elend und dauerndem Zusammenbruch gerettet werden kann. Eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Arbeit unter den Völkern Europas erscheint aber erst an dem Tage gesichert, wo bei den beiden großen Nachbarvölkern Deutschland und Frankreich das vergangene feilsch überwinden ist und der Blick sich gemeinsam der Zukunft zuwendet. Die Erinnerungen der Vergangenheit dürfen kein Hindernis sein, aus der Erkenntnis die notwendigen Folgen zu ziehen, daß eine deutsch-französische Zusammenarbeit unentbehrlich ist, wenn die Wirtschaftsordnung Europas und der Welt von dem sie drohenden Zusammenbruch gerettet werden soll.

Ministerpräsident Laval antwortete, indem er zunächst für den freundlichen Empfang zugleich im Namen Briand dankte. Er fuhr dann fort:

„Sie können davon überzeugt sein, daß wir uns der Bedeutung unserer Anwesenheit in Berlin bewußt sind. Nichts kann dies besser charakterisieren als die Tatsache, daß

wir heute abend in demselben Saale versammelt sind, in dem vor mehr als einem halben Jahrhundert der Berliner Kongress getagt hat. Wir sind nach Berlin gekommen um der gleichen Bestrebungen willen, von denen der Herr Reichskanzler gesprochen hat. Wir haben nicht nur einen Akt der Höflichkeit vollziehen wollen. Die wirtschaftliche Lage der Welt erfordert von allen Staatsmännern eine Anstrengung des guten Willens und der gegenseitigen Zusammenarbeit. Das Beispiel, das Deutschland und Frankreich in dieser Hinsicht geben können, ist sicher dazu angetan, den günstigsten Einfluß auszuüben.

In den wirtschaftlichen Fragen und in dem Rahmen, der erst kürzlich in Gené aufgestellt worden ist, wollen wir versuchen, zwischen beiden Völkern eine enge Zusammenarbeit herzustellen. Wir hoffen, daß aus unseren Besprechungen mit den deutschen Ministern, deren Weisheit wir bereits Gelegenheit hatten zu würdigen, nicht nur ein ständiger Organismus, sondern auch eine Methode hervorgehen, aus denen sich sehr bald vollständige und praktische Resultate ergeben werden.“

Als Laval und Briand nach dem Essen in der Reichskanzlei in ihr Hotel zurückkehrten, wurden ihnen vor und in dem Hause wieder Ovationen dargebracht.

Kohle, Eisen, Elektrizität, Chemie

Die Hauptgegenstände der Wirtschaftsberatungen

anb. Berlin, 27. September. (Eig. Meldung.) Wie wir erfahren, waren Gegenstand der heutigen Verhandlungen in der Reichskanzlei die deutsch-französischen Wirtschaftspragen in ihrer Gesamtheit, soweit sie Deutschland und Frankreich unmittelbar betreffen. Die vier Industrien, die vor allem behandelt wurden, waren Kohle und Eisen, Elektrizität und Chemie.

Im ganzen bewegten sich die Verhandlungen im Rahmen der Empfehlungen des Layton-Berichtes unter dem Gesichtspunkt: Kooperation (Zusammenarbeit). Das Ergebnis der heutigen Konferenz ist eine grundsätzliche Einigung über die Bildung eines unpolitischen beratenden deutsch-französischen Ausschusses aus Regierungvertretern und Vertretern der Industrie, sowohl Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, der Mittel und Wege suchen soll, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Die Verhandlungen, die einen sehr zufriedenstellenden Verlauf nehmen, werden morgen vormittag fortgesetzt.

Verzweigungswahlen in Hamburg

Starke Erfolge der Rechts- und Linksextremen

wth. Hamburg, 28. September. 12.40 Uhr nachts lag das Endergebnis der Bürgerstimmwahlen vor. Es ergab:

Sozialdemokraten	214 509	(gegen 240 984 bei den letzten Reichstagswahlen u. 246 685 bei den Bürgerstimmwahlen von 1928)
Kommunisten	168 618	(135 279 bzw. 114 257)
Deutschnationale	43 269	(31 376 bzw. 94 048)
Staatspartei	67 088	(64 129 bzw. 87 553)
Deutsche Volkspartei	36 920	(69 145 bzw. 83 507)
Wirtschaftspartei	11 373	(16 910 bzw. 20 136)
Nationalsozialisten	202 465	(144 684 bzw. 14 760)
Zentrum	10 794	(10 980 bzw. 9 402)
Volkrechtspartei	1 156	(1 937 bzw. 5 609)
Liste Freidenk.	1 937	(1 037 bzw. nichts)
Christlichsoz. Volksp.	10 874	(11 968 bzw. nichts)

Den Bürgerstimmwahlen, die gestern im Hamburger Stadtgebiet durchgeführt wurden, sah das politische Deutschland mit großer Spannung entgegen. Es dreht sich bei diesem Wahlgang um mehr als ein lokales Ereignis, es handelt sich um ein politisches Stimmungsbild, das von großer Bedeutung. Während des Wahlkampfes, der von allen Seiten mit Leidenschaftlichkeit geführt wurde, ging es nicht nur um die wirtschaftlichen Folgen des Hamburger Stadtgebietes, sondern die Gesamtpolitik mit all ihren scharfen Spitzungen in Ländern und Gemeinden stand zur Debatte.

Der Hamburger Gang zur Urne ist eine Entscheidung der Verzweiflung geworden. Die Extremen auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken, die Nationalsozialisten und Kommunisten, schnitten am besten ab. Die Nazis vermehrten ihre Stimmzahl vom September 1930 um etwa 58 000; das sind 40 Prozent. Der bürgerliche Zuzug zur Hitler-Partei hält an. Die Wahlbeteiligung war höher als bei den Septemberwahlen und der Zustrom jüngerer bürgerlicher Wähler kam der Hitler-Partei wohl ganz zugute. Verhältnismäßig günstig schnitt die Staatspartei ab. Sie nahm rund 3000 Stimmen zu. Auch die Deutschnationalen holten auf: sie stiegen von 31 000 auf 43 000, wobei allerdings bedacht werden muß, daß Hugenberg's Partei sich bei den Septemberwahlen eine unerhörte Schlappe zuzog. Sie verlor damals zwei Drittel ihrer Wählerkraft. Davon ist der „nationalen Opposition“ ein kleiner Teil wieder zugeflossen, die D. N. bleibt jedoch noch immer halbtot. Am schlimmsten erging es der Volkspartei,

die gegen September 1930 nahezu 50 Proz. verlor. Ebenso wurden der Wirtschaftspartei ein Drittel ihrer Septemberwähler abgenommen. Es ist kein Zweifel, daß viele der bürgerlichen Parteien verlorengegangenen Wählerfraktionen den Nationalsozialisten zuwanderten.

Die Sozialdemokratie feiert mit einem Verlust von 14 Mandaten in die neue Bürgerstimmwahl zurück. Sie mußte gestern 26 000 Stimmen weniger als im September 1930; der Verlust betrug etwa 800 000 Stimmen. Verzweifelte proletarische Wählerfraktionen protestierten mit kommunistischem Stimmgelächter. 33 000 Stimmen (25 Prozent) gewannen die Kommunisten. Sie holten also mehr auf, als die Sozialdemokratie verlor, es floßen ihnen wohl ebenfalls aus der stärkeren Wahlbeteiligung erhebliche Stimmen zu.

Der „Einbruch in die marxistische Front“, den die Nazis aller Welt versprochen hatten, ist also auch bei dieser Wahl so gut wie mißlungen. Rechnet man die sozialistischen und kommunistischen Stimmen zusammen, so bucht das marxistische Lager einen Gewinn von 7 000 Stimmen. Man kann also sagen, daß die Nationalsozialisten auch am gestrigen Sonntag am Wall des Gesamtsozialismus scheiterten. Dagegen ist es nicht unwahrscheinlich, daß zu den Nichtwählern diesmal auch ehemals sozialdemokratische Wähler gehören, die in der Verzweiflung über die gesamte Entwicklung und über die Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz allem guten Willen an der gegenwärtigen Not nicht viel ändern kann, verbittert zu Hause blieben.

Diese Wahlen waren Verzweiflungswahlen, wie sie Hamburg noch nicht erlebt hat. Denn gerade im Hamburger Stadtgebiet macht sich die Not der Zeit besonders scharf geltend. Verfehlte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hat die Krise in diesem größten Hafen Deutschlands verschärft. Der Hafen ist verödet, eine mächtige Zahl Dampfer liegt untätig, das Arbeitslosentum ist mächtig angewachsen, der Mittelstand schigt und abertausend kleine bürgerliche Existenzen sehen sich vor dem Ruin. Man mußte also von vornherein mit oppositionellen Wahlen rechnen. Die verzweifelte Lage wurde von den Nazis und den Nazis demagogisch gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt; sie kämpfte, wie bei jeder Wahl, gegen drei Fronten: rechts die Nazis, links die Sozialisten und die bürgerlichen Parteien, die für das Wirtschaftselend irgendwelche „sozialistische Experimente“ in bekannter phrasenhafter Manier verantwortlich machen wollten.

Die Sozialdemokratie bleibt trotz allem die stärkste Partei und ihre Organisationen der härteste Wall gegen alle Katastrophenspolitik, während die Nazis und die Kommunisten organisatorisch auf schwachen Beinen stehen. Die SPD. verfügt heute im Hamburger Gebiet, kaum über